

Allgemeiner Anzeiger für Druckereien.

Verlag von **Klimsch & Co.** in **Frankfurt a. Main**

besteht seit 1874 und wird versandt an alle Buch- und Steindruckereien in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland-Luxemburg, der Schweiz u. sonstigen Länder Europas sowie an eine große Anzahl (hauptsächlich deutscher) Druckereien in allen übrigen Weltteilen.

Auflage nachweislich 11500 Exemplare.

Der Anzeiger erscheint wöchentlich — jeden Donnerstag. — Der Schluß für die Annoncen-Aufnahme erfolgt stets Mittwoch früh, nach Eintreffen der ersten Post. **Annoncen** in diesem Anzeiger finden rasche und weite Verbreitung in Fachkreisen. — Diejenigen Interessenten, welche den Anzeiger nicht gratis zu erhalten haben, können innerhalb des Deutschen Reiches zum Preise von 50 Pf. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten (Post-Zeitungsbestellliste Nr. 174) oder auch bei der Expedition direkt darauf abonnieren. Fürs Ausland beträgt der Abonnementspreis 3 Mk. pro Jahr bei direkter Zusendung.

In Verbindung mit dem Anzeiger steht die periodische Ausgabe des

Adreßbuches für Buch- und Steindruckereien

welches, außer der Aufzählung der Firmen, auch detaillierte Geschäftsnotizen sowie eine genaue Aufstellung über die in jeder Druckerei beschäftigten Gehilfen und Maschinen enthält. — Man beliebe genau zu adressieren:

Allgemeiner Anzeiger für Druckereien (Klimsch & Co.) in Frankfurt a. M.

Bestes Hartmetall (System Didot). — Lieferung in kürzester Frist.

Schriftgiesserei
Stempelschneiderei
 Utensilien-Handlung.

Roos & Junge, Offenbach a. M.

Größtes Lager moderner Titel- u. Zierschriften, Einfassungen, Vignetten etc.

Prompte Ausführung unter Garantie. — Proben stehen jederzeit zu Diensten.

BEIT & PHILIPPI

Fabrik von schwarzen und bunten **DRUCK- & STEINDRUCK-FARBEN**
FIRNISSEN
 „HAMMONIA“ WALZENMASSE.

HAMBURG & STASSFURT.

Der in der Generalversammlung vom 20. Februar dieses Jahres neugewählte Vorstand des Unterstützungsvereins der Schriftgießer Leipzigs und Umgegend konstituierte sich wie folgt:

- Julius Dittrich, Vorsitzender;
- Karl Greßler, Stellvertreter;
- Karl Dewitz, Kassierer;
- Johann Zambony, Stellvertreter;
- Felix Ulrich, Schriftführer;
- Moritz Erhardt, Stellvertreter;
- Theodor Merkle, Archivar;
- Max Börngen, Stellvertreter;
- Wilhelm Möbius, Beisitzer.
- Karl Franzky, Beisitzer.

Briefe, Anfragen etc. sind an unsern Vorsitzenden Herrn Julius Dittrich, Thonberg, Hauptstr. 40, zu richten. [193]

Der Vorstand:

F. A.: Felix Ulrich, Schriftführer.

Für **Buchdrucker** und **Schriftsetzer** liegt der Correspondent aus in Berlin, Beuthstr. 5, bei **Wallies**. (B. 1110) [198]

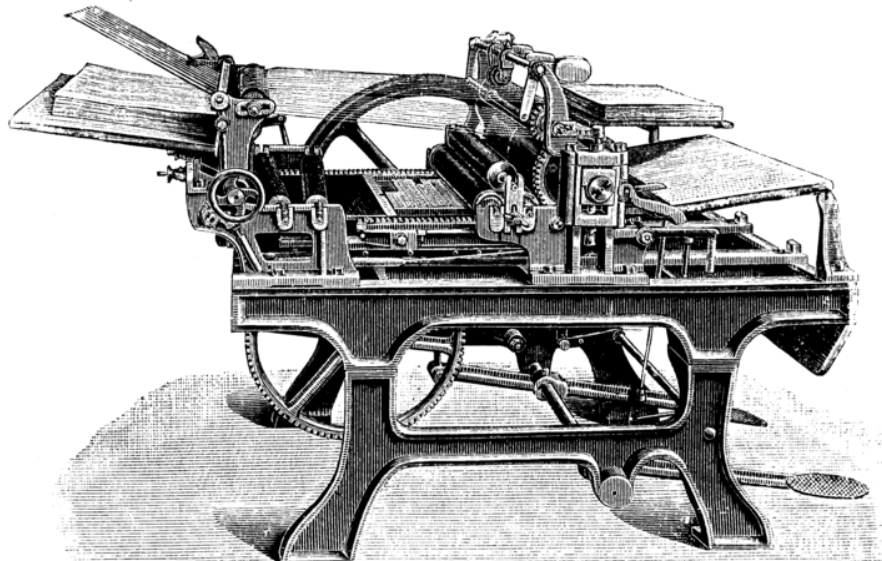
Arbeitsnachweis der Buchdrucker Leipzigs.

Nürnbergger Straße 54.

Expeditionszeit: **Montags, Mittwochs u. Sonnabends** von 1/28—1/29 Uhr abends. Meldungen per Post **nur** an den Verwalter Herrn Franz Kohler in Reudnitz, Senefelderstr. 6; persönliche Meldungen nur im Lokale des Arbeitsnachweises, während der Sprechstunden. Der Vorstand.

Wormser Tretnmaschine,

viele Hunderte in Betrieb; praktischste und billigste Buchdruck-Schnellpresse mit kombinierter Tisch- und Cylinderfärbung



zum Bunt-, Accidenz-, Werk- und Zeitungsdrucke gleich gut geeignet; sie hat spielend leichten Gang, vorzügliche Farbverreibung, **exakteste Anlegevorrichtung**, daher das genaueste Register ohne Punktur. Zur Bedienung ist nur eine Person nötig.

Als Zubehör werden geliefert: 2 Schliessrahmen, eib- und Auftragwalzenspindeln doppelt, 2 Walzengiessflaschen, 1 Formeinhebebrett, 1 Oelkanne, die nötigen Schraubenschlüssel u. Bänder.

Höchsten Skonto. Weitgehende Zahlungs-Bedingungen.

Gebrauchte Maschinen werden im Eintauche zu den höchsten Preisen in Zahlung genommen.

Preiskurante, Zeugnisse und Druckproben auch unserer

grösseren Buchdruck-Schnellpressen

sowie Verzeichnis der auf Lager habenden in allen Teilen unter Garantie hergerichteten gebrauchten Maschinen stehen frei zu Diensten.

Maschinenfabrik Worms

Joh. Hoffmann.



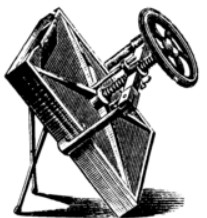
Reudnitz-Leipzig, **Paul Härtel**, Reudnitz-Leipzig.

Fachgeschäft für Buch- und Steindruckereien.

Neuerbess. Papier-Stereotypie-Einrichtungen.

- Nr. 1a, innere Rahmenweite des Apparats 22:34 cm, . . . 125 Mk.
- Nr. 1, " " " " 27 1/2: 40 1/2 cm, 210 "
- Nr. 2, " " " " 52:48 cm, . . . 375 "

inkl. allem Zubehör, bei Nr. 2 inkl. Gasheizung.
 Besondere Vorzüge: Einfache Konstruktion, leichte Handhabung, ausserordentliche Leistungsfähigkeit und billiger Preis.



Kataloge von Waldows Lehrbüchern der Buchdruckerkunst liefert gratis-franko Alexander Waldow, Leipzig.

Wegen Ablebens meines Mannes beabsichtige ich den Vorrat von

Ahlen mit Binzetten

zum Selbstkostenpreise zu verkaufen. Preis pro Stück 60 Pf.; bei Einfindung einer Zehn-Pfennig-Marke Frankozusendung.

Frau Wwe. Herm. Esdar Bielefeld, Herforder Straße 20. [150]

Um Mitteilung der Adresse des Setzers Herrn **Fr. Weinig** bittet **Fritz Edelkin**, Reudnitz, Josefinenstr. 32, IV., I. Porto wird vergütet. [223]

Todes-Anzeige.

Am 2. März, früh 6 1/4 Uhr verschied nach langen Leiden der Schriftsetzer

Adolf Finger

von hier im 27. Lebensjahre. Wir betrauern in dem Verstorbenen einen braven Kollegen; sein stets achtenswerter Charakter sichert ihm ein dauerndes Andenken. [221]

Liegnitz, 3. März 1888.

Die Mitglieder der **H. Krumbhaarschen Buchdruckerei.**

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf.
Inserate
pro Spaltzeile 25 Pf.

XXVI.

Leipzig, Sonntag den 11. März 1888.

N^o 29.

Zur Generalversammlung.

Von unserer Gepflogenheit, die Vorlagen der Generalversammlungen zu besprechen, sind wir diesmal einestheils durch die Ereignisse, andernteils durch das Verhalten der Mitglieder abgedrängt worden; in letzter Stunde aber, nachdem der Kelch, den uns die preussische Regierung gereicht, sozusagen bis auf die Nagelprobe erschöpft und nicht anzunehmen ist, daß vor Hamburg noch ein Rest nachkommt, drängt es uns, das Wort zu ergreifen, um mindestens in den Hauptfragen einige Klärung in das Meinungschaos und einige Ruhe und Entschlossenheit in die Gemüter zu tragen oder doch mindestens den Versuch hierzu zu machen.

Die letzten Kundgebungen maßgebender Behörden und Personen in Preußen lassen es außer Zweifel erscheinen, daß die preussische Verwaltungsbehörde von ihrer Ansicht, der U. V. D. B. sei ein der staatlichen Genehmigung bedürftendes Versicherungsinstitut, freiwillig nicht abzugehen gedenkt. Ein Zwang hierzu könnte nur mit Hilfe der Justiz versucht werden, zu diesem Versuche mangelt aber zur Zeit noch ein tatsächlicher Untergrund, auf welchen die Generalversammlung natürlich nicht warten kann. Die wichtigste Frage, über welche die Generalversammlung sich schlüssig zu machen haben wird, ist sonach diejenige, bis zu welchem Grade die Dezentralisation oder, wenn auch wir der Sprachreinigung Zugeständnisse machen sollen, das Auseinanderlaufen vorgenommen werden soll.

Jetzt liegt die Sache so, daß nur der preussische Teil des U. V. D. B. von dem Vorgehen der Behörde betroffen worden und aller Voraussicht nach wird sich hieran auch in der Zukunft nichts ändern, das heißt es werden die übrigen deutschen Regierungen dem Beispiele Preußens nicht folgen. Hieraus folgt nun zwar, daß eine Aenderung am Bestande des U. V. D. B. vorgenommen werden muß, es folgt aber nicht daraus, daß diese Aenderung über den Bereich der preussischen Jurisdiktion hinaus zu gehen braucht. Das Verhalten der nichtpreussischen Vereine vermag, es sei wie es wolle, an der Haltung der preussischen Regierung gegen die ihrem Machtpruch unterstehenden Vereine nichts zu ändern und die Kollegen der letzteren können und werden deshalb auch nicht beanspruchen, daß die Gesamtkollegenschaft noch weiter mit unfruchtbaren Deklamationen oder gewagten Experimenten die Zeit verträdele, da ihnen, wie die Verhältnisse ja doch nun einmal liegen, hiermit nichts genügt wird.

Das Auseinanderlaufen braucht also vorläufig nur bis zu einer Zweiteilung zu gehen: man trennt die preussischen Teile des U. V. D. B. vom Ganzen los, es ihnen überlassend, eine Existenzform mit ihren Behörden zu vereinbaren,

und der ansehnliche Rest des Vereins bleibt organisatorisch beisammen.

Die Formel für den Punkt 2 der Generalversammlung würde darnach etwa lauten wie folgt:

1. Die dem U. V. D. B. angehörenden preussischen Vereine fügen sich dem von der preussischen Verwaltungsbehörde ausgeübten Zwang und trennen sich von dem gedachten Vereine bis auf weiteres ab, in der Erwartung, daß es ihnen gelingen werde, eine Form zu finden, unter welcher sie, sei es direkt oder indirekt, die bisherigen Beziehungen zu den deutschen Kollegen wieder pflegen können.
2. Der U. V. D. B. ernannt bis dahin, wo die preussischen Vereine wieder organisiert sind und ohne Aufsichtungen weiter bestehen können, eine besondere Kommission zur Verwaltung des auf die preussischen Vereine entfallenden Vermögensanteils.

Damit wird Punkt 3 der Tagesordnung, Invalidenkasse betr., hinfällig, man müßte denn den Drang fühlen, hier schon jetzt zu reorganisieren, ohne die weitere Entwicklung abzuwarten. Ebenso empfiehlt es sich, von allen weiteren Statutenänderungen, soweit sie nicht dringlicher Natur, für jetzt abzusehen. Beiläufig sei bemerkt, daß der unter 2 gemachte Vorschlag den Zweck hat, eine etwaige Beschlagnahme der Gelder (s. Erfurt) hintanzuhalten.

Bei Punkt 4, Tarifangelegenheiten, ist Gelegenheit gegeben, in etwas organisatorischer Weise vorzugehen. Abgesehen davon, daß wir gezwungen werden könnten, in sogenannter „gründlicher“ Weise zu reorganisieren und die deutsche Kollegenschaft auf dem Boden des Tarifs zu einem einheitlichen Ganzen zu formen oder vielmehr uns auf den Boden des Tarifs zurückzuziehen — auf demselben befinden wir uns bereits, wir haben nur nötig, die Tarifgemeinschaft organisatorisch mehr auszubauen — so wird dies auch sowieso, unbeschadet der Differenzen mit den preussischen Verwaltungsbehörden, geschehen müssen. Es liegt auf der Hand, daß die jetzige Unthätigkeit auf diesem Gebiete ferner nicht fortdauern kann, es könnte sich sonst leicht ereignen, daß auch dieser Boden uns unter den Füßen weggezogen und damit die Gehilfenschaft in eine Zeit zurückversetzt wird, in welcher die Ablohnung nach der Elle geschah. Deshalb muß aber auch dahin gestrebt werden, der Tariforganisation eine durchaus feste, in irgend einer Form gesetzlich geschützte Gestalt zu geben, damit Uebergriffe jeglicher Art, mögen dieselben von Prinzipalen oder Gehilfen ausgehen, im Keim erstickt werden können. Eine feste Organisation bedingt strengste Disziplin der einzelnen Teile und wir sind es uns, nach den Erfahrungen, die im Jahr 1886 in dieser Beziehung gemacht

worden sind, selbst schuldig, hier Wandel zu schaffen.

Der 5. Punkt der Tagesordnung lautet: Stellungnahme zur Innungsfrage. Da die Innungen zur Zeit von den Gesetzgebern gefördert werden und ein Schwimmen gegen den Strom eine zwecklose Thätigkeit wäre, so gebietet die einfache Vorsicht, dieselben in Rechnung zu ziehen. Wollten wir, wie beantragt, uns lediglich ablehnend zu den Innungen verhalten, so könnte es sich ereignen, daß über die Köpfe der Gehilfenschaft hinweg reformiert wird und das können und wollen wir nicht zugeben.

Die Punkte 6—9 bedürfen nach dem oben zu Punkt 2 Gesagten keiner Erörterung. Höchstens kommt der Sitz des Vereins in Frage, der unter den obwaltenden unsicheren Verhältnissen wohl am besten in Stuttgart bleibt.

Zu Punkt 10 liegen leider nur zwei nebensächliche Anträge vor und doch ist hier, wie schon früher mehrfach betont, eine Aenderung geboten. Vorschläge in dieser Beziehung zu machen unterlassen wir besser, um uns den Vorwurf zu ersparen, als sprächen wir im eigenen Interesse. Wir begnügen uns daher mit der Bemerkung, daß der Vertrag mit der Redaktion des Corr. Ende dieses Jahres abläuft und daß die vielfach angefeindete Inseratenpacht faktisch schon jetzt nicht mehr besteht. Es wird also Sache der Generalversammlung sein, die Bedingungen festzusetzen, unter welchen sie die Redaktion bez. Expedition weiter vergeben will und Sache des event. in Aussicht genommenen Mitgliedes, ob es sich diesen Bedingungen unterordnen kann oder will. Jedenfalls ist dafür Sorge zu tragen, daß der Corr., soweit das im Vereinsinteresse thunlich, unabhängig bleibt von örtlichen Strömungen, möge er nun in die Hände eines neugewählten selbständigen Redakteurs oder, die Annahme unserer Vorschläge zu Punkt 2 vorausgesetzt, in die Hände des Vereinsvorstandes gelegt werden.

Was die Krankenkasse betrifft, so handelt es sich hierbei mehr um Nützlichkeit als prinzipielle Gründe. Wir gehören zu denjenigen, welche eine gedeihliche Zukunft der freien Kassen für aussichtslos halten, glaubt man jedoch die Erhaltung derselben befürworten zu müssen, nun so mag man es eben versuchen. Der Verein als solcher hat kein Interesse daran, er würde nur dann ein solches haben können, wenn, wie seinerzeit vorgeschlagen, den erkrankten Mitgliedern einfach eine Mark pro Tag als Extraspende des Vereins verabreicht würde.

Mag nun die Generalversammlung nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Hat dieselbe den guten Willen, den seit 22 Jahren gepflegten Zusammenhalt der deutschen Kollegenschaft zu erhalten, so wird sie auch die Wege zu finden wissen, auf welchen dieses Ziel zu erreichen ist.

dem wird das Protokoll der letzten Bezirksversammlung (München-Glabbad) verlesen und nach einigen unwesentlichen Aenderungen für gut befunden. Alsdann geht man zum 1. Punkte der Tagesordnung über: Bericht des Vorsitzenden und Kassierers für das Jahr 1887. Nach einem Rückblick auf die Tarifbewegung, welche im Bezirke noch im Berichtsjahre fortauerte, auf die Notwendigkeit derselben und den Mißerfolg, sucht der Vorsitzende die Ursachen zu letztem darzulegen und bezeichnet die Tarifsituation kurz mit den Worten, daß die Gehilfenschaft keine Ursache habe, auf das Ehrenwort der Prinzipale weder in Beziehung der Gegnerschaft noch der Anerkennung des Tarifs zu vertrauen. Hierauf kommt Redner auf die Reorganisation des Vereins, auf die Schritte der Behörden gegen denselben zu sprechen und ermahnt die Mitglieder, sich durch letztere in ihrem Prinzip, Gutes zu thun, nicht beirren zu lassen, sondern nach wie vor ausdauernd und weiter zu bauen an dem Werke der Humanität, aber auch Vertrauen zu haben zur bisherigen Leitung, welche alles zum guten Ende zu führen bestrebt sein werde. Alsdann gibt derselbe folgenden offiziellen Bericht: Der Bezirksvorstand hielt 14 Sitzungen ab, welche infolge der durch Ausschüsse und Abreise dezimierten Zahl (auf 5) von durchschnittlich 4 Mitgliedern besucht waren. Von denselben wurde allen den Verein betreffenden Fragen Aufmerksamkeit geschenkt und dieselben neben anderen Punkten auf die Tagesordnungen der resp. Versammlungen gestellt. Leider hatte der Vorstand viele Auschlüsse wegen Resten zu beantragen, denen gegenüber aber wenig Austritte zu verzeichnen waren. Bezirksversammlungen fanden 4 statt, welche von 62, 22, 24, 23 oder zusammen 131 Mitgliedern, 3 Nichtmitgliedern und 3 Gästen als Referenten besucht waren. In denselben wurden hauptsächlich die Tarifbewegung, die nach derselben seitens der Prinzipale erfolgte Kündigung des Tarifs und die Reorganisation des Unterstützungsvereins besprochen und betreffs der erstern der zu Unterstützenden gebracht, die Kündigung des Tarifs als eine verfrügte, die Aufrechthaltung der Tarifgemeinschaft dagegen als wünschenswert bezeichnet, betreffs der Reorganisation aber von bestimmten Anträgen abgesehen, da in dieser Angelegenheit keine Klarheit vorhanden. Aus den Berichten der Mitgliedschaften ist folgendes zu entnehmen. In Düsseldorf fanden 4 General-, 1 außerordentliche und 4 Monatsversammlungen statt, welche der Reihe nach von 36, 25, 26, 30, 21, 28, 19, 15, 18, zusammen 218 oder durchschnittlich 24 Mitgliedern besucht waren, während die Mitgliedschaft zwischen 60 und 70 in jedem Quartale betrug; demnach ist der Besuch ein ungenügender zu nennen gegenüber den brennenden Vereinsfragen des letzten Jahres. Es kam hierzu noch vielseitig die Furcht vor Verlust der Kondition, sodas nicht einmal der Vorstand vollständig zusammengebracht werden konnte, da man nach einer Prinzipalsäuberung Vorstandsmitglieder des „Verbandes“ nicht mehr gern beschäftige. Daß infolge der die Mitglieder beherrschenden Apathie auch die Aufmerksamkeit den Vereinsangelegenheiten gegenüber eine geringe war, ist leicht erklärlich und veranlaßte den Vorstand, nur wenige Versammlungen auszusprechen. In einer Beziehung jedoch leistete ein Teil der Mitgliedschaft ein glänzendes Zeugnis und zwar betreffs der Unterstützung ihrer durch Einführung des Tarifs betroffenen Kollegen, über welche schon Bericht erstattet worden. — Die Mitgliedschaft Crefeld, durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres 18—20, sieht auf ein ziemlich ruhiges Vereinsjahr zurück, da Kassierereigenen zc. außer bezüglich des frühern Kassierers nicht vorkamen. Die Mitgliedschaft versammelte sich 13 mal, der Vorstand kam regelmäßig Samstags zusammen. Die laufenden Tagesfragen wurden erledigt und namentlich denen erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, welche das Wohl und Wehe unrer Organisation betrafen. Rennenswerte Beschlüsse, auch in der Reorganisationsangelegenheit, wurden nicht gefaßt, da auch hier die Unklarheit der Situation die Mitglieder beherrschte. Unterstützungsgehe wurden nach Möglichkeit berücksichtigt. Die Versammlungen waren von durchschnittlich 15 Mitgliedern besucht und kann über Interesselosigkeit bei denselben nicht gellagt werden. Korrespondenz der Mitgliedschaft: Eingegangen 68, abgegangen 98 inkl. 12 Geldsendungen. — Die Mitgliedschaft München-Glabbad hielt 2 General- und 11 ordentliche Versammlungen ab; in denselben wurden die Vorstandswahlen vorgenommen, Bericht erstattet über die Gau- und Bezirksversammlungen und die Reorganisationsangelegenheit des Unterstützungsvereins mit Interesse verfolgt, bei dieser aber ebenfalls von bestimmten Anträgen abgesehen. An der Unterstützung der wegen Einführung des Tarifs konditionslos gewordenen Kollegen beteiligte sich die Mitgliedschaft mit 2 Raten zu 15 und 10 Mk., außerdem mit einer freiwilligen Extrasteuer, welche den Ertrag von

17,50 Mk. ergab. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 15, die Versammlungen wurden von 8—10 Mitgliedern besucht. Der Vertrauensmann wurde verschiedene male, wie auch in Crefeld und Düsseldorf, vor die Polizeibehörde geladen, wegen Auskunftserteilung betreffs der Nichtzulassung des Unterstützungsvereins. — Als ein erfreuliches Zeichen der Kollegialität ist die ziemlich zahlreiche Beteiligung an dem mit dem Bezirke Duisburg gemeinschaftlich gefeierten Johannisfeste zu betrachten, es waren an demselben die Mitgliedschaften Crefeld, Düsseldorf und München-Glabbad und einzelne Mitglieder aus Urdingen beteiligt; es läßt dies in uns den Wunsch laut werden, daß noch oft ein solcher Tag den Mitgliedern des Bezirks wiederkehre, möge dies durch die Fortexistenz des Vereins zur Wahrheit werden und letzterer selbst wieder in ein ruhiges Fahrwasser kommen zu dauernder segensreicher Wirksamkeit auf dem Gebiete der kollegialen Unterstützung in allen Lebenslagen. Die Mitgliederzahl betrug im ganzen Bezirk Ende 1886 121; zugereist 65, neu eingetreten 6, wieder eingetreten 1, zusammen 193; davon abgereist 47, ausgetreten 18, ausgeschlossenen 24, gestorbenen 1, bleibt Bestand Ende 1887 103 Mitglieder; von diesen befinden sich in Düsseldorf 57, in Crefeld 18, München-Glabbad 16, Urdingen 3, Gilden, Neuz, Rheytz die 2, Dülfen, Jüchen, Kempen je 1 Mitglied. Außer diesen Vereinsmitgliedern befinden sich noch in Düsseldorf 17 nur der Zentral-Krankenkasse angehörende Mitglieder. Ueber die Kassenerhältnisse ist in den Bezirksversammlungen quartalsweise Bericht erstattet worden und nur noch zu bemerken, daß in der Zentral-Invalidentasse keine Ausgabe zu verzeichnen war, die Zentral-Krankenkasse einen Ueberschuß von 600 Mk. machte, in der Allgemeinen und Gaukasse aber durch die in das Berichtsjahr herüberreichende Tarifbewegung keine Ueberschüsse abgehandelt werden konnten und außerdem noch aus den Extrafonds bedeutende Zuschüsse verbraucht wurden. — Der Kassenbericht pro 4. Quartal 1887 ergab folgendes Resultat: Einnahme: allgemeine Kasse 776,40 Mk., Zentral-Invalidentasse 285,20 Mk., Zentral-Krankenkasse 839 Mk., Gaukasse 128,85 Mk., Gau-Extrafonds —, Vorschuß vom 3. Quartal 400 Mk., Summe 2429,45 Mk. Ausgabe: allgemeine Kasse 201,70 Mk., Zentral-Invalidentasse —, Zentral-Krankenkasse 651,62 Mk., Gaukasse 61,50 Mk., Gau-Extrafonds 63 Mk., an den Gaukassier bar 1451,63 Mk., Summe 2429,45 Mk. In Rest verblieben 20 Mitglieder mit 176,10 Mk., von denen 7 ausgeschlossen wurden. Konditionslos waren 15 Mitglieder mit 64 $\frac{1}{2}$ Wochen; erwerbsunfähig krank waren 11 Mitglieder mit 42 $\frac{1}{2}$ Wochen, erwerbsfähig 6 Mitglieder mit 16 $\frac{1}{2}$ Wochen. 1 Mitglied verzichtete auf die Unterstützung für 2 Tage à 2 Mk. und 4 Tage à 50 Pf. Korrespondenz: eingegangen 127 inkl. 24 Geldsendungen, abgegangen 147 inkl. 15 Geldsendungen. Zum 2. Punkte der Tagesordnung: Durchberatung der Tagesordnungen zu den Generalversammlungen in Hamburg, entwickelt Herr Hohns-Crefeld (Delegierter für die Generalversammlung in Hamburg) ein Programm für die Hamburger Generalversammlung. Redner betont hierbei besonders, daß es sein sehnlichster Wunsch sei, daß der Unterstützungsverein in irgend einer Form weiter bestehen möge. Ferner hebt Redner die humanen Zwecke des Vereins hervor, bezeichnet denselben als eine Institution, welche sich mit allen und jeder Versicherungsanstalt des ganzen Deutschen Reichs messen dürfe und weist im weitern Verlaufe seiner Rede die Versuche der Behörden, den Unterstützungsverein als einen Verein hinzustellen, welcher politisch-soziale Tendenzen verfolge, mit Entschiedenheit zurück. Zum Schlusse bemerkt Redner, man möge von einer Durchberatung der Hamburger Tagesordnungen absehen und diese dem Ermeßen der Delegierten überlassen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Vorsitzenden an die Versammlung wird dieser Vorschlag vielfach unterstützt und der Antrag: „Die heutige Bezirksversammlung schließt sich der in der Bezirksversammlung zu München-Glabbad gefaßten Resolution an“, einstimmig angenommen. 3. Punkt der Tagesordnung: Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung. Nach einer unerheblichen Debatte wird Düsseldorf als nächster Ort der Bezirksversammlung angenommen. Unter Vereinsmitteilungen (4. Punkt der Tagesordnung) teilte der Vorsitzende mit, daß der Düsseldorfer Bezirk jetzt wieder einen Gesamtvorstand habe und stellt den ersten Vorsitzenden sowie den Schriftführer der Versammlung vor. Des weitern wurde die Frage der Anteilnahme zur Spracde gebracht und als ein erfreuliches Zeichen konstatiert, daß von verschiedenen Seiten der Ankauf weiterer Anteilnahme in Aussicht gestellt resp. bereits erfolgt sei. Bei dieser Gelegenheit spricht der Vorsitzende den Wunsch aus, es möchten immer mehr solcher Anteilnahme genommen werden, um so die schon vorhandenen Druckereien thätig zu unterstützen sowie auch neue Druckereien zu gründen. Alsdann wurde

an Herrn Hohns-Crefeld die Frage gerichtet, welche Stellung er auf der Generalversammlung in Hamburg zur Zentral-Krankenkasse nehme. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, diese Frage sei nach der Tagesordnung zu spät gestellt; Herr Hohns verspricht jedoch, dem Fragesteller hierüber privatim Mitteilung machen zu wollen. Nachdem sodann der Vorsitzende die Anwesenden ermahnt, sich durch die Schritte der Behörden gegen den Verein nicht irre machen zu lassen, sondern an demselben treu festzuhalten, der Verein habe bereits zwanzig Jahre bestanden und werde hoffentlich noch recht lange bestehen, wurde die Versammlung kurz nach 4 Uhr geschlossen.

H-1. Flensburg, 5. März. Am Sonnabend den 3. März hielt die hiesige Verwaltungsstelle unrer Z. K. K. eine Mitgliederversammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beratung der Anträge zur Generalversammlung. Da indes die verschiedenen Anträge bereits in früheren Versammlungen mehrfach und gründlich durchberaten worden sind, der diesseitige Delegierte also von den Ansichten und Wünschen der hiesigen Mitgliedschaft schon eingehend Kenntnis genommen hat, so hielt die Versammlung eine nochmalige Durchberatung für unnötig, zumal den Delegierten speziell zu dieser Generalversammlung schwerlich eine bestimmte Instruktion erteilt werden kann, was bei der augenblicklichen Sachlage sehr erklärlich ist. Trotzdem wurde von mehreren Mitgliedern, und wohl mit Recht, befürwortet, dem Willen der hiesigen Mitgliedschaft in irgend einer Weise Ausdruck zu verleihen. Daraufhin wurde von Herrn W. Schwand folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Mitgliederversammlung der örtlichen Verwaltungsstelle Flensburg ersucht die diesseitigen Delegierten, auf Grund der von der hiesigen Verwaltung gestellten Abänderungsanträge auf der Generalversammlung in Hamburg mit allen Kräften für das Bestehenbleiben der Z. K. K. einzutreten.“ Diese Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. — Auch von dieser Stelle aus sei unseren beiden Delegierten der allseitig geäußerte Wunsch mit auf die Reise gegeben, daß es ihnen gelingen möge, mit Hilfe anderer, dieselbe Ansicht teilender Herren Vertreter, nicht nur die Beibehaltung der Z. K. K., sondern unrer ganzen Organisation in möglichst unveränderter Form zu bewerkstelligen.

S. Landsberg a. W., 6. März. Am Sonntage den 4. März fand hier selbst vormittags 11 Uhr im Bollbörsen-Restaurant der 10. Bezirkstag des X. Obergau-Bezirks statt. Nach einigen begründeten Worten seitens des Bezirksvorstehers wurden in das Bureau gewählt: Alb. Schmidt-Landsberg als Vorsitzender, J. Bielert-Neudamm als Stellvertreter und P. Dermiegel-Landsberg als Schriftführer. Der Bericht des Bezirksvorstehers betrafte zunächst die letzten Vorkommnisse innerhalb des U. B. D. B. und gedachte auch des durch den Tod abberufenen Hauptkassierers Herrn Fr. Fix, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Sodann verbreitete er sich über die Vorkommnisse innerhalb unrer Gau's und speziell des X. Bezirks. Die Mitgliederzahl des letztern beträgt gegenwärtig 25, wir haben nur in Landsberg und Neudamm Mitglieder, und es dürfte schwer halten, jemals in den übrigen kleineren Orten Fußlung zu bekommen, da die Bezahlung in denselben weit hinter dem Tarif-Minimum zurückbleibt. Die Lehrlingszucht blüht in den meisten Orten des Bezirks in großartiger Weise und ein Anknüpfen dagegen hat keine Aussicht auf Erfolg. Nach der Rechnungslegung des Kassierers über die Bezirkskasse und Festsetzung der Reisegelder für die auswärtigen Mitglieder kam man zum Hauptpunkte der Tagesordnung, Besprechung der Tagesordnung der beiden Generalversammlungen. Zunächst verbreitete sich der Bezirksvorsteher über die gegenwärtige Lage des U. B. D. B. und einige hauptsächlichste Punkte der Tagesordnung der Generalversammlung und kam zu dem Schlusse, daß man unter allen Umständen, wenn irgend möglich, an der Zentralisation der Gewerkevereinstassen wie auch der Invalidentasse festhalten müsse, da er in der Dezentralisation nur eine unnütze Zerplitterung sehen könne. Gleicher Ansicht war auch der folgende Redner Herr Bielert-Neudamm, welcher im Auftrage seiner Mitgliedschaft sprach. Es wurde denn auch einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der heutige Bezirkstag spricht sich für möglichste Beibehaltung der Zentralisation aus und schließt sich im großen und ganzen den von Hannover gemachten Vorschlägen und zwar auch betreffs der Invalidentasse an.“ Andrer Ansicht war man betreffs der Weiterführung der Z. K. K., trotzdem Herr Bielert auch diese Kasse erhalten wissen wollte. Die große Mehrheit der Mitglieder stimmte für Auflösung derselben. — Der nächste Bezirkstag in Verbindung mit dem Johannisfeste soll in Landsberg abgehalten werden.

△ Leipzig, Anfang März. Den Körpergeleiten gegenüber, welchen unser Verein seitens der preussischen Behörden ausgesetzt ist, haben die größeren Mitgliedschaften alle mehr oder minder entschieden Stellung genommen, aber nirgends wird man wohl leichtern Herzens die Dezentralisation beschloffen haben als hier in Leipzig. Selbst preussische Mitgliedschaften zeigen sich nicht gewillt, ohne weiteres die Platte ins Korn zu werfen, nur hier ergibt man sich bedingungslos. Ich bin noch optimistisch genug, zu glauben, daß man einen zentralisierten Gewerksverein mit Reise-, Gesellen- und Arbeitslosen-, „Almosen“ (oder wie man die Unterstützungen sonst nennen will) gestatten muß, ohne daß die Genehmigung bei dieser oder jener Landesbehörde eingeholt zu werden braucht, lediglich auf Grund des § 152 der Reichs-Gewerbeordnung. Allerdings wird die Invalidentasse fallen müssen, da nach der letzten Aeußerung des Herrn v. Bötticher selbst die Anträge Hannover's und undisputierbar sind. Es dürfte sich empfehlen, die Invaliden abzufinden und den Rest des Vermögens der allgemeinen Kasse zu überweisen. Für die kommenden Invaliden könnte in der Weise geforgt werden, daß man einen Paragraphen in das Gewerksvereinsstatut hineinbringt, der etwa folgende Gedanken ausdrückt: Wird ein Mitglied des U. B. D. B. nach 5—10jähriger Mitgliedschaft gänzlich arbeitsunfähig, so schreibt der Vorstand eine einmalige freiwillige Extrasteuern aus, welche nach Ermessen auf 1—2 Proz. vom Wochenverdienste jedes Mitgliedes festgesetzt werden kann. Die hierdurch aufgebrauchte Summe wird dem Bezirks- oder Gauvororte, wo das arbeitsunfähige Mitglied wohnt, zur Verwaltung übergeben, welcher dem invaliden Mitgliede von dem Gelde periodische Unterstützungen zuweist, die als Zuschuß zu der zu erwartenden Reichsversorgung angesehen werden können. Stirbt das Mitglied und bleibt nach einem Beiträge zu den Beeridigungsstoffen noch Geld übrig, so wird es vom Vorstand anderweitig, aber zu gleichem Zwecke benutzt. Umgekehrten Falles dürfte eine nochmalige Umlage das betreffende Mitglied über Wasser halten. Hierdurch, glaube ich, könnte eine reine Wohltätigkeitsanstalt mit dem Gewerksvereine verknüpft werden, ohne daß sie dem letztern als Ballast fühlbar würde. Die Beiträge (bisher in der Invalidentasse 10,40 Mk.) dürften nach meinem Vorschlage viel geringer werden, da wir nur das Notwendigste aufbringen und nichts sparen. Der Prozentsatz ist gewählt, weil sonst ein fester Beitrag normiert werden müßte; ich halte ihn übrigens ohnehin für gerecht. Schließlich möchte ich an alle die Herren Delegierten, welche die Zentralisation des Gewerksvereins hochhalten und für meinen Vorschlag sich erwärmen können, die Bitte richten, auch in der Generalversammlung davon Gebrauch machen zu wollen.

C. A. Rom, Ende Februar. Unser ausgezeichnet geleitetes Fachblatt, die Florentiner Arte della Stampa, macht in einem umfangreichen Leitartikel nun auch einmal entschiedene Front gegen die öffentlichen Submissionen von Druckarbeiten für staatliche und städtische Behörden. Sie sagt, die Verteidiger dieses Systems haben geflissentlich hervor, daß die Versteigerung dieser Arbeiten an den Mindestfordernden eine Schutzwehr gegen die Begünstigung einzelner und der Privilegien und gegen Uebervorteilung der Verwaltung im Interesse des Staates sei. Jeder Staatsbürger könne nach seinem eignen Gutdünken in die Wettbewerbung eintreten; erschienen ihm einerseits die Vorschläge nicht annehmbar, so könne er sich von der Beteiligung zurückhalten; glaube er andererseits dabei etwas zu verdienen und er erhalte den Zuschlag, so müsse er sich kontraktlich verbindlich machen, die vorgeschriebenen Bedingungen pünktlich innezuhalten und als Garantie eine gewisse Summe hinterlegen. Durch diese Maßregel seien beide Kontrahenten gedeckt. Ferner habe das Submissions-system noch den großen Vorteil, daß sich der Kleinindustrielle in gleiche Linie mit dem Großindustriellen stellen könne und das Prinzip des gleichen Rechts für alle auch in dieser Richtung gewährleistet bliebe. In der Theorie müssen diese allgemein gehaltenen Sätze unbestreitbar anerkannt werden. Aber in der Praxis zeigt die Medaille ihre schlimme Rehrseite, in welcher sich die erwartete Wohlthat in leeren Schein auflöst. In der That wird sie durch die schrankenlosesten, unheimlichsten Konkurrenz zum größten Nachtheile jedes gesunden Gewerbetreibenden. Alle ehrbaren und vorichtigen Gewerbetreibenden, welche einen mäßigen aber sichern Gewinn und das dauernde Wohlfinden ihrer Arbeiter im Auge behalten, ziehen sich von den Submissionen zurück und nur die Herabgekommenen, die Buchdrucker ohne Arbeit und ohne Kredit, überhaupt solche, welche nichts zu verlieren haben, drängen sich an den Abgrund des grenzenlosen Rabattgebens. Dies ist denn auch der Grund, warum viele jener Buchdrucker, welche auf Solidität und Ehrenhaftigkeit halten, keinem öffentlichen Submissionsauschreiben Folge leisten; es ist

dies gewissermaßen ein versteckter Protest gegen jene unüberlegten, gewissenlosen, jedem vernünftigen Rat unzugänglichen Kollegen, welche unser Kunst zur Schande und Demütigung gereichen. Und was gewinnt der Staat dabei? Die Schmutzkonkurrenten betrachten den Kontrakt wie eine Karte, auf die man einen Einsatz wagt, und wie fraglicher Natur sind oftmals die Kauttionen? Käuft die Sache glimpflich ab, nun so wird fortvegetiert. Das schlechteste Papier, das schlechteste Material werden gewählt und Hungerlöhne an die Arbeiter gezahlt. Entspricht die Leistung auch nicht im mindesten den Bedingungen, wird aber die Arbeit dringend gebraucht, so drückt die Behörde ein Auge zu. Im schlimmsten Falle fürchten sich derartige Leute auch vor einem Bankrott nicht. Hier sollte die Gesetzgebung eingreifen und den von einem Volksvertreter im Vereinigten Staaten-Kongress in Washington gestellten Antrag annehmen, „Seine Druckarbeit mehr dem Buchdrucker zu übergeben, der den höchsten Rabatt bietet, sondern dem, der die sicherste Garantie für die schnellste und gewissenhafteste Ausführung gewährt.“ Die Gelegenheit zu dieser hier nur auszüglich gegebenen Auslassung gab dem Herausgeber der Arte della Stampa, Signor Landi, ein Submissionsvorschlag, bei dem ein solider Buchdrucker vielleicht noch einen bescheidenen Gewinn gehabt haben würde, welcher aber mit sechzig Prozent unterboten wurde. — Das abtretende Zentralkomitee hat seine liebe Not, die noch an die allgemeine Kasse schulenden Reste des 1., 2., 3. und 4. Quartals von den Sätzen einzutreiben, um dem neuen Bücher und Gelder in vollständiger Ordnung übergeben zu können. Es hat zu diesem Zweck im Verbandsorgan eine ganz höfliche Einladung ergehen lassen, der eine Androhung der im Falle der Veräumnis im Statut vorgesehenen Maßregeln angehängt ist. — Wie in meinem vorletzten Briefe berichtet, war auf dem venezianer Kongress ein Antrag auf Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden abgelehnt, dafür schließlich ein anderer auf neunstündige arbeitszeiten angenommen worden. Mit der Ausführung aber wird es gute Wege haben. Hierzulande liegt die Sache ganz anders wie z. B. in England und Amerika. In erstem Lande wurde die neunstündige Arbeitszeit durch ein Parlamentsgesetz, in letztem durch Streiks durchgesetzt. In Italien würde auf beiden Wegen schwerlich etwas erreicht werden, dazu besitzt die Arbeiterpartei noch viel zu wenig Macht und Einfluß und dann ist es noch sehr die Frage, ob die Arbeiter in ihrer Gesamtheit die Herabsetzung der Arbeitszeit ernstlich wünschen. Jedenfalls würde es einen heißen Kampf geben. Vor allem müßte der Stücklohn durchaus abgeschafft und der Stundenlohn eingeführt werden. Ob bei verkürzter Arbeitszeit eine Erhöhung desselben zu erwarten wäre wohl sehr zweifelhaft. Ein hoch anzuschlagender Nutzen wäre es immerhin, wenn um so viel mehr feiernde Arbeiter Beschäftigung fänden, abgesehen von dem wohlthätigen Einfluß auf Gesundheit und Wohlfinden. Dagegen würden die Arbeitgeber alles aufbieten, durch Einführung von neuen und verbesserten Maschinen und Geräten, Einstellung von Frauen zu billigeren Löhnen und allerhand andere Mittel, den ihnen durch kürzere Arbeitszeit erwachsenden Schaden auszugleichen. Sollten die Arbeiter in diesem Kampfe die Oberhand behalten, so wäre jedenfalls schon etwas Erkleckliches gewonnen, aber keinesfalls so viel als man erwartet. In gleichem Sinne sprechen sich schon manche, die Sache von einem praktischeren Standpunkte betrachtende Stimmen aus. Es wird übrigens genug zu thun geben, das bis jetzt Erreichte zu erhalten. — Nach Berichten aus Turin ist die Unterminierung des ohnehin schon äußerst knapp bemessenen Tarifs seitens der Prinzipale, die ihn doch angenommen und unterschrieben haben, im besten Gange; einige wollen die Entschädigung für Ueberstunden kürzen, andere wieder gar nicht bezahlen. Ferner gibt es Druckereien, in welchen die Zahl der Lehrlinge der der Gesellen gleich oder selbst überwiegt. Mit einem Worte, das ganze bishen Errungenschaft des vorigen Jahres wird so viel als möglich illusorisch zu machen versucht und das Komitee muß alle seine Kräfte anspannen, um das Uebel nicht zu weit um sich greifen zu lassen.

H. Stuttgart, 26. Februar. (Vereinsbericht.) Am die zur Generalversammlung gestellten Anträge zu besprechen und dadurch den betreffenden Delegierten Gelegenheit zu geben, die Meinungen ihrer mandatsgebenden Mitgliedschaft über dieselben kennen zu lernen, wurde auf den 22. Februar eine Mitgliedschaftsversammlung anberaumt, die aber wieder so schwach besucht war, daß die Frage nahe lag, ob man überhaupt in die Tagesordnung eintreten solle, da von den ca. 600 am Orte wohnenden Kollegen nur ungefähr 60 der Einladung gefolgt waren. Um 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung. Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Protokolls wurde in die Beratung der Anträge einge-

treten. Beim 3. Punkte der Tagesordnung zur Generalversammlung entspann sich eine längere Debatte, in der sich alle Redner dahin aussprachen, daß eine nochmalige Statutenänderung der preussischen Behörde zuzuliebe, wie es der Gauverein Hannover beantragte, unbedingt als völlig undisputierbar bezeichnet werden müsse. Die Versammlung schloß sich den in den meisten Punkten sich defendenden Ansichten der beiden Hauptredner an, wonach die Delegierten darnach trachten sollen, die Generalversammlung zu bewegen, eine völlige Dezentralisation herbeizuführen und ein Gerüst aufzubauen, an das sich die einzelnen Teile (Gau- oder Landesverbände) anlehnen können, um selbst dann, wenn die Regierung auch einen zentralisierten Gewerksverein nicht mehr duldet, ein Ganzes zu behalten, wenn auch das Aeußere wesentlich verändert sei. Beim 3. Punkte der Tagesordnung, Beratung über die Invalidentasse, ging die Ansicht der sämtlichen Redner dahin, dieselbe aufzulösen, jedoch ohne die Invaliden in eine Versicherungsgesellschaft einzukaufen. Zu diesem Punkte wurde folgender Antrag angenommen: „Die heutige Mitgliedschaftsversammlung beschließt ihre Delegierten zu beauftragen, für den Fall, daß die Mehrheit der Delegierten den Einkauf der Invaliden in eine Versicherungsgesellschaft beschließen sollte, den Antrag auf Urabstimmung der Mitglieder über diesen Punkt zu stellen.“ Durch diesen Antrag soll die Entscheidung über diese schwerwiegende Frage den gesamten Mitgliedern anheimgegeben werden, um die Delegierten in der verantwortungsvollen Frage zu entlasten. Beim 5. Punkte schloß sich die Versammlung dem Antrage Dresden an. Zu Punkt 7 wurde folgender Antrag angenommen: „Die Stuttgarter Mitgliedschaft erwartet seitens ihrer Delegierten, daß dieselben im Hinblick auf die seit länger als Jahresfrist von den Mitgliedern des U. B. D. B. gebracht materiellen Opfer für den Antrag Gemnity (Tagelöhner betr.) eintreten.“ Bei Punkt 10 wurde der Ansicht beigestimmt, den Delegierten hierin freie Hand zu lassen. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr, nachdem er noch die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß es der Generalversammlung gelingen möge Wege zu finden, auf denen wir ungehindert weitergehen könnten.

Rundschau.

Die Dresdner Volkszeitung war in einem Artikel gegen die „Schand-, Schund- und Schauder-Litteratur“ zu Felde gezogen, ein Thema, über das sich ohne Gefahr schreiben läßt, nur muß man ängstlich vermeiden, einer Person zu nahe zu treten, denn der Beweis der Wahrheit des Gesagten schließt die Bestrafung nicht aus, wenn aus der Form der Behauptung oder Verbreitung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, das Vorhandensein einer Beleidigung geschlossen werden kann. Diese Vorsicht scheint die genannte Zeitung außer Acht gelassen zu haben. Sie bekam eine Klageschrift, eingereicht von dem Verleger des Rachechwurms im Geistesflosse oder die Verbrechen in der Mitternachtsstunde und ähnlicher Schriften und das Urteil lautete auf 50 Mk. Geldstrafe und Kostentragung. Der Richter ging auf den Wahrheitsbeweis, daß das Gesagte recht wohl auf die Schriften des Klägers bezogen werden könne, nicht ein, er hielt sich an einzelne, anscheinend gegen die Person des Klägers gerichtete Ausfälle und erkannte wie oben bemerkt. In solchen Fällen die Person von der Sache zu trennen, das ist jedenfalls ein Kunststück, das gelernt sein will.

Auf Anregung der Zweigvereine Leipzig und Dresden des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins hat das königlich sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts an die Direktionen der Gymnasien, Realschulen, Realschulen und Seminare eine Verordnung erlassen, in welcher dasselbe den Leitern und Lehrern der ihm unterstellten Schulen ans Herz legt, durch Unterweisung und gutes Beispiel auf die Beseitigung entbehrlicher und leicht erkehrbarer Fremdwörter bei der Jugend hinzuwirken. Man vertraut dabei, daß Uebertreibungen fern gehalten werden, durch welche die Natürlichkeit der mündlichen und schriftlichen Gedankenäußerung beeinträchtigt und der an sich löblichen Bestrebung das Gepräge der Kleinlichkeit aufgedrückt werden würde.

Am 6. März starb in Düsseldorf der hochbetagte fgl. Hofbuchhändler Franz Schwann, Inhaber der Schwann'schen Verlagsbuchhandlung.

Am 4. März starb in Wien der Begründer der „Wiener Presse“ August Bang, 80 Jahre alt. Ueber das Vermögen des Buchdruckereibesetzers Karl Gottlob Eduard Schardt in Döbeln ist am 3. März das Konkursverfahren eröffnet worden.

Patentregister. Angemeldet ein Schließapparat für Buchdruckformen von Anton Tägner in Leipzig. — Uebertragen wurde das Patent auf eine Neuerung in der Farbeberreibung und in der Konstruktion von Tiegeldruckpressen auf Wilh. Hoffmann zu Hüttenwerk bei Witz. — Erloschen ist Nr. 31821, Bervielfältigungspressen.

Die Farbenblindheit muß unter den Buchdruckern doch mehr vorkommen als man gewöhnlich annimmt, meinen Printing Times, wenn man die zu Tage geförderten Accidenzen ansieht. Namentlich zu Feiertagszeiten wird das Land mit Scheußlichkeiten in Farbe und Geschmack, mit elenden Chromos und Kalendern überschwemmt, die eine wahre Schande sind. Nun folgt noch eine längere Strafpredigt, die wir jedoch nicht abdrucken wollen. Aber Recht hat der Mann; und bei uns gibt es viele solcher „Farbenblinden“.

In Chicago vereinbarten Komitees des Prinzipal- und des Gehilfenvereins einen neuen Tarif, laut welchem ein Gewißgeld von 15—21 Doll., je nach der Geschwindigkeit, und entsprechende Entschädigung für Ueberzeit und Extraarbeit, sowie im Berechnen 35 Cents pro 1000 m und 10 Cents pro Stunde für Ueberzeit festgesetzt wurden. — Die Times in Chicago eröffneten ihren Nichtunionleuten am 7. Januar, daß sie fernerhin als Vereinsoffizin gelten werde. 35—40 Mann wurden infolge dessen durch Vereinsmitglieder ersetzt. Die ersteren kamen aber am 16. Januar größtenteils wieder unter, da eine andre Offizin, Barnard & Gunthorpe, das gerade entgegengesetzte Verfahren einschlug.

Geforben.

In Hamburg am 4. März der Sezer Friedr. Heinrich Hugo Bick — Lungenkatarrh.

Posen. 4. Qu. 1887. Es steuerten 103 Mitglieder in 15 Orten. Neu eingetreten 2, zugereist 26, abgereist 13, zum Militär 2, ausgeschlossen 3 (die Sezer Karl Schlexer aus Bromberg, Leon Dolecki aus Löbau i. W., Oskar Kopist aus Prinzenhthal b. Bromberg). Mitgliederstand Ende des Quartals 100. — Konditionslos waren 5 Mitglieder 23 Wochen, krank 17 Mitglieder 272 Tage.

Schlesien. (Berichtigung.) In Nr. 26 des Corr. muß es unter den Ausgeschlossenen statt Karl Siepusch Karl Siegusch heißen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Hamburg-Altona der Sezer Semmy Drucker, geb. in Hamburg 1869, ausgeleert in Altona 1887; war noch nicht Mitglied. — Fr. E. Schulz, Grindelallee 67, S. 1, I.

In Hannover der Sezer Ferd. Armann, geb. in München, ausgeleert daselbst; war schon Mitglied (ausgetreten in Dresden 1887). — Georg Klapproth, Kalenberger Straße 40.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Mainz. Während der Abwesenheit des hiesigen Reisekasserverwalters zu den Generalversammlungen wird das Reisegeld in der Wohnung desselben (Alter 2, I.) abends durch Herrn Ludw. Jost ausgezahlt.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse. (C. S.)

Halle. Da Herr G. Eckart-Halle das ihm übertragene Mandat zur Generalversammlung abgelehnt, ist dasselbe auf Herrn E. Weickert-Deffau übergegangen.

Arbeitsmarkt.

Konditions-Angebote.

Ein junger, tüchtiger Schweizerdegen, welcher mit der Wormser Tretnmaschine Bescheid weiß, findet Kondition bei Karl Lampe, Jmst (Tirol).

Anzeigen.

Für Buchdrucker!

In einer gewerbreichen Stadt Rheinlands ist eine vollständige Buchdruckerei mit Verlag von drei, wöchentl. dreimal erscheinenden politischen Zeitungen sofort billig zu verkaufen. Franks-Offerten unter F. K. 226 befragt die Exped. d. Bl.

Eine gebrauchte, gut erhaltene

Handpresse

wird zu kaufen gesucht. Werte Off. unter Chiffre A. K. 228 an die Exped. d. Bl. baldigst erbeten.

Ein durchaus tüchtiger

Buchdrucker

welcher in seinem Fache viel Erfahrung besitzt, in der Handpresse erfahren und besonders im Zusammenstellen von bunten Farben Vorzügliches leistet, findet dauernde Kondition. Offerten mit Zeugnissen an (H. 31166b) [230]

J. C. F. Pickenhahn & Sohn
Chemnitz.

Schweiz.

Schweizerdegen gesucht.

Ein gewandter, solider, jüngerer Schweizerdegen, der besonders im feinem Accidenzsatz und -druck (auch Buntdruck) etwas Vorzügliches zu leisten im stand und gleichzeitig **starker Rotenscher** ist, findet in einer kleinern, guteingerichteten Buchdruckerei innerhalb längstens 14 Tagen dauernde Stellung. (Johannisberger Maschine und Liberty-Tiegeldruckpresse). Werte Offerten unter Chiffre B. F. Nr. 234 befördert die Exped. d. Bl.

Gesucht auf sofort ein am Kasten und an der Maschine gleich flottes, zuverlässiger Schweizerdegen für eine Kreisblattdruckerei. Kond. dauernd. Off. sub Nr. 235 bef. die Exped. d. Bl.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Bewegungsstatistik vom Monat Februar 1888.

Woche vom	Zugereist		Neu eingetreten		Abgereist		Zum Militär eingezogen		Ausgetreten durch Berufsveränderung		Ausgetreten		Ausgeschlossen		Invalide geblieben		Geforben		Steuernde Mitglieder		Reisanten		Ohne Beschäftigung		Krank		Unbestimmt		Gesamt-Mitgliederstand	
	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	
29. Januar bis 4. Februar	10	—	—	—	2	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	1455	125	161	73	—	—	—	—	1814		
5. bis 11. Februar	3	—	3	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1457	161	127	76	—	—	—	—	1821		
12. „ 18. „	4	—	2	—	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1478	148	117	82	—	—	—	—	1825		
19. „ 25. „	1	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1485	147	113	85	—	—	—	—	1830		
	18	—	5	2	7	1	2	2	2	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—											

Für Unterstützungen verausgabt im Monat Februar 1888.

Woche vom	Reisegeld			Extraunterstützung			Arbeitslosen-Unterstütz.		Sonst. Unterstützungen			Krankengeld			Begräbnis-geld		Invaliden-geld	
	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	Mitgl.	
29. Januar bis 4. Febr.	15	84	90	104	432	—	42	244	9	114	—	85	1042	50	—	—	—	
5. bis 11. Februar . . .	4	32	30	93	381	50	43	217	8	74	—	80	1052	50	—	—	—	
12. „ 18. „	5	36	85	72	338	—	24	123	2	22	—	84	1095	50	—	—	—	
19. „ 25. „	7	54	—	64	322	50	20	118	4	40	—	90	1165	50	1	100	4	116
	—	208	05	—	1474	—	—	702	—	250	—	—	4356	—	1	100	4	116

Schlesien. Zu der Zeit vom 10. bis 18. d. M. sind alle Korrespondenzen etc., welche für den Gauvorsteher bestimmt sind, an Herrn A. Sachs in Breslau, Matthiasstraße 26a, III., zu adressieren.

Bezirk Bromberg. Da der bisherige Vorsitzende Herr D. Franz sein Amt niedergelegt, wurde in der letzten Monatsversammlung Herr F. Kirchhoff als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Briefe sind zu richten an F. Kirchhoff, Bromberg, Dittmanns Buchdruckerei, Gelder an W. Zielinski, Wilhelmstraße 31.

Breslau. In der Generalversammlung vom 4. März konstituierte sich der Vorstand wie folgt: Schliebs, Vorsitzender; Pfaff, Stellvertreter; Förster, Kassierer; Langenmayr, Schriftführer; Kühnel, Reichelt, Kluge, Beisitzer. Briefe sind an Paul Schliebs, Lehndamm 32a, Gelder an Paul Förster, Lehndamm 26, zu senden.

Regnitz. Der Sezer Heinrich Hoffmann aus Lützen wird hiermit aufgefordert, seine restierenden Kassenbeiträge bis spätestens 24. März d. J. hierher einzusenden, widrigenfalls nach § 8a verfahren werden muß.

Bewegungs-Statistik.

Dresden. 4. Qu. 1887. Es steuerten 656 Mitglieder in 28 Orten. Neu eingetreten sind 6, zugereist 77, vom Militär 5, abgereist 47, zum Militär 2, ausgetreten 1 Mitglied (Arthur Enderlein, Sezer aus Dresden), ausgeschlossen 12 Mitglieder (die Sezer Ernst Grohmann aus Kleinbittmannsdorf, Paul Allmer aus Dippoldiswalde, Max Bodmann aus Neustädte, Ernst Freyer aus Uckerlesben, Bernh. Förster aus Bischofswerda, Arthur Günther aus Forchheim, Moritz Pütkner aus Geising i. S., Herm. Otto Thieme aus Freiberg i. S., Hermann

Wergandt aus Altcoschütz b. Dresden, der Maschinenmeister Paul Lehmann aus Dresden, der Drucker E. Ad. Strauß aus Dresden, der Gießer Otto Jungandreas aus Forchheim, gestorben 1 Mitglied. Mitgliederstand Ende des Quartals 656. — Konditionslos waren 88 Mitglieder 389 Wochen, krank 56 Mitglieder 181 Wochen.

Frankfurt-Hessen. 4. Qu. 1887. Es steuerten 443 Mitglieder in 11 Orten. Neu eingetreten sind 6, zugereist 41, vom Militär 1, abgereist 52, zum Militär 4, ausgetreten 2 (Heinrich Siebert, Sezer aus Kassel, und Wilhelm Fischer, Drucker aus Viehlos), ausgeschlossen 13 Mitglieder (die Sezer Max Goldschmidt aus Mainz, Jos. Hornmann aus Bommersheim, August Allgaier aus Besigheim, Max Dpitz aus Bonneberg, August Leidner aus Wiesbaden, Christian Euler aus Braunheim, der Drucker Jean Börner aus Mottges, die Gießer Peter Rohmann aus Bürgel, Adam Hödler aus Kleinzimmern, Jakob Kilian aus Heusenstamm, Adam Schwarz aus Neuzusenburg, Konrad Stein aus Bornheim und Diedrich Riemeyer aus Altona). Mitgliederstand Ende des Quartals 407. — Konditionslos waren 46 Mitglieder 785 Tage, krank 44 Mitglieder 761 Tage.

Mittelrhein. 4. Qu. 1887. Es steuerten 530 Mitglieder in 12 Bezirken. Neu eingetreten sind 7, wieder eingetreten 1, zugereist 75, vom Militär 3, abgereist 45, zum Militär 8, ausgetreten 3 (die Sezer Jakob Dienstdorf aus Steinbach, Karl Treiber aus Heidelberg, Heinrich Flottau aus Ehlingen), ausgeschlossen 6 (die Sezer Friedr. Perske aus Mainz, Hugo Reichelt aus Leipzig, Viktor Trziona aus Gleiwitz, Karl Wilh. Hölper aus Wiesbaden, Georg Sauerborn aus Wiesbaden, der Drucker Johann Treßler aus Trier), invalid 2, gestorben 3 Mitglieder. Mitgliederstand Ende des Quartals 517. — Konditionslos waren 37 Mitglieder 1297 Tage, krank 53 Mitglieder 1399 Tage.